



Die  Sommer - Schule in Langeac vom 25. - 31. 7 1999

Deklaration von LANGEAC

Grundsätze

- 1. Vater und Mutter haben den gleichen Status im Leben ihres Kindes, und folglich gleiche Rechte und Verantwortung.**
- 2. Wenn Eltern sich nicht einigen können, sind den Kindern gleiche Zeiträume zur Kontaktierung beider Elternteile einzuräumen.**
- 3. Elternschaft ist ausschließlich durch die Beziehung zwischen Kind und Eltern begründet, nicht durch die Beziehung zwischen den Eltern. Kinder haben das Recht, beide Eltern zu kennen, so wie die jeweiligen Eltern das Recht haben, ihre Kinder zu kennen. .**

1. Die Interessen des Kindes

- a) Kindesinteressen (Kindeswohl) werden nicht als vordefiniert betrachtet und stellen zu Eltern- und Familieninteressen eine separate Einheit dar, insbesondere zu denen, wie sie durch Behörden und Fachberufler definiert sind. Eltern handeln als Mittler zur Interpretation der Interessen ihres Kindes ausgenommen in extremen Fällen des belegbaren Missbrauchs oder elterlicher Untauglichkeit.**
- b) Behörden und öffentliche Institutionen werden aufgefordert, hilfsbedürftige Familien und Familienmitglieder zu unterstützen.
Ausser bei Scheidungsmissbrauch und schwerer Misshandlung des Kindes haben Behörden keinerlei Recht, dort zu intervenieren, wo die Eltern dieses nicht wünschen.**
- c) Das Kind hat das Recht, jederzeit mit beiden Eltern zu**

kommunizieren.

d) Biologische Elternschaft ist bei Geburt des Kindes mittels eines DNA-Tests festzustellen. Nach jedem DNA-Test sind alle materiellen Beweise und Aufzeichnungen sofort zu vernichten, wenn das Ergebnis der Elternschaft (oder Nichtelternschaft) feststeht.

2. Vertragliche Vereinbarungen zwischen Eltern

a) Eltern wird die Möglichkeit eingeräumt, bezüglich ihres Kindes und unter Wahrung dessen Interessen rechtsgültige Verträge über ihre individuellen Rechte und Pflichten abschließen zu können , z.B. können im Falle familiärer Trennung unter Zustimmung beider Vertragspartner vom gleichteiligen Regelfall abweichende zeitliche oder finanzielle Zuwendungen geregelt, oder Klauseln zum Ehegattenunterhalt eingefügt werden.

In diesem Bereich angesprochene Behörden und Institutionen sind zu beauftragen, entsprechend verwendbare Vordrucke und Vertragsformulare bereitzustellen um die Vertragsmodalitäten zu vereinfachen und die Vertragskosten zu minimieren.

b) Eltern haben Zugang zu Beratung und strukturierten Verträgen um in allen Fällen, sei es über Vermittlung oder juristische Intervention, ein wirkungsvolles Instrumentarium zur Formalisierung von Absprachen zu Zeitteilung, Aufgabenteilung, usw. zur Verfügung zu haben.

3. Respektierung der individuellen Handlungsfreiheit jedes Elternteils

a)... wird nicht näher bestimmt - ausgenommen die Erwartung eines Minimums an elterlicher Kooperation.

b) Geographische Trennung: Bei Umzug der Elternteile in größere Entfernung zueinander sind in Fällen der Uneinigkeit und der Situation, dass der freie Wille des Erwachsenen, dort leben zu können wo er möchte in Konflikt mit den Erfordernissen gedeihlicher Kindeserziehung steht, die dadurch entstehenden größeren Probleme, wie hohe Fahrtkosten, erschwerte Kontaktpflege, Eltern - Kind - Entfremdung, unter Berücksichtigung der Faktoren Arbeitsplatz und beruflicher Flexibilität behördlich zu regeln, um unter Wahrung paritätischer Grundsätze eine dem Rechtsanspruch des Kindes auf beide Eltern entsprechende Problemlösung zu erwirken und dem Kind ein ausreichendes Maß an Zuverlässigkeit und Sicherheit zu vermitteln. Das

Dogma dauerhafter Ortsgebundenheit hat in dem Zusammenhang keine Berechtigung.

4. Adoptiveltern, Pflegefamilien und andere Kindesbetreuer

Kinder haben das Recht auf Zugang zu Informationen der weiteren Familienangehörigen oder Mitgliedern einer Pflegefamilie und umgekehrt.

Der am Aufenthaltsort des Kindes lebende Elternteil oder Betreuer hat das Recht, den Umgang des Kindes zu bestimmen ausgenommen dem uneingeschränkten Recht des Kindes, jederzeit seine leiblichen Eltern sowie die Familienmitglieder zu kontaktieren, incl. des Aufrechterhaltens von Fernkontakten per Post ,Telefon, Internet u.m. und erforderlichenfalls der Belegung des Zustandekommens des Kontaktes oder Erhalt der Nachricht an das Kind.

5. Politisch - rechtliche Zusammenhänge

a) Der politisch - rechtliche Zusammenhang innerhalb dessen die Fragen der Familien- und Geschlechterrollen entschieden werden muss klar und ausgewogen behandelt werden und darf keinerlei positive oder negative Diskriminierungen beinhalten. Die Beziehung zwischen Männern, Frauen und Kindern ist so zu behandeln, daß Wettstreit und Polarisierung verhindert wird um Vermutungen einer Ungleichbehandlung oder Übervorteilung einer Gruppe gegenüber der anderen keine Berechtigung zu geben.

Die Interessen der Kinder sind einvernehmlich mit den Eltern zu definieren. Im Scheidungsfall sind sie durch den Elternteil definiert, bei dem sich das Kind zeitlich aufhält. Außer im Falle eindeutigen Kindesmissbrauchs, in dem staatliche Stellen Interventionsrechte und Pflichten wahrzunehmen haben, sind diese öffentlichen Interventionen in allen anderen Fällen auf das Angebot zur Hilfe und Unterstützung in Not geratener Familien beschränkt.

6. Gleichberechtigung und Arbeitsteilung

a) Beide Geschlechter haben das Recht auf die Möglichkeit einer arbeits- und zeitteiligen Kindesbetreuung.

b) Die Arbeitsteilung ist so zu planen, daß sie zu einer paritätischen Teilung des für die Betreuung des Kindes notwendigen vollumfassenden Zeitaufwandes führt.

c) Unstrittigerweise setzen diese Erwartungen eine

Arbeitsstruktur voraus, wie sie von den Arbeitszeitmustern bei Grund- und Hauptschullehrern bekannt sind. Daher wurde dieser Vorschlag gemacht in Kenntnis und Erwartung der zukünftigen globalen Arbeitszeitverkürzung und dem Bewußtsein der Notwendigkeit der Förderung funktionaler und mentaler emotionaler Beziehungen zwischen den Generationen sowie den Geschlechtern.

7. Mediation, juristische Beratung und Eingriffe Dritter in Form professioneller Berufsgruppen

a) Mediation und Vermittlung durch professionelle Dritte ist in den Fällen in Anspruch zu nehmen, in denen das Wohl des Kindes dieses erforderlich macht. Dabei ist dem Aufenthaltsort der Kindeseltern keinerlei Aussagekraft über deren Motivation zur Mitarbeit oder Nichtmitarbeit beizumessen.

b) Bestimmte Entscheidungen wie z.B. Impftermine, Umgangsregelungen, Wahl der Schule usw., erfordern die Schaffung entsprechender Strukturen und Regelungen entweder durch Dritte oder in Form direkter Vereinbarungen.

c) Nur im Falle absoluten elterlichen Unvermögens zur Einhaltung festgelegter Regelungen sind Mediatoren erstinstanzlich einzuschalten. Das Gericht sollte, wenn überhaupt, erst letztinstanzliche Bedeutung haben.

d) In den Fällen, in denen die Eltern sich nicht einigen können, weder direkt noch durch Mediation oder Vermittlung Dritter, haben Gerichte zu entscheiden. Dieses implementiert jedoch nicht, daß diese das Recht haben, über den Umfang der elterlichen Betreuungs- bzw Erziehungszeiten zu entscheiden sondern lediglich über die zwischen den Eltern abgesprochene Betreuungszeiteilung oder der grundsätzlichen 50/50 Teilung.

e) Richterliche Entscheidungen dürfen nicht um ihrer selbst willen in Anspruch genommen werden. Gerichtliche Vorgänge unter Ausschluß der Öffentlichkeit sind zu vermeiden. Nur wo es z.B. aus Gründen des Daten-, Identitäts- und Personenschutzes nachweislich erforderlich ist kann die Öffentlichmachung ausgeschlossen werden. In diesen Fällen sind zuverlässige Aufzeichnungen aller Vorgänge und Abläufe und detailgetreue Wiedergabemöglichkeiten für spätere Rückgriffe zu garantieren.

f) Mediation aus Gründen der Deeskalation haben vor, während und nach der Scheidung zur Verfügung zu stehen. Mediation muss in überprüfbarer nachweislicher Unabhängigkeit zu gerichtlichen Institutionen stehen und als

**öffentlicher Service optional und geschlechtsneutral
verfügbar sein.
Gerichte haben mediative Vereinbarungen und
Interventionen zu Respektieren.**

8. Finanzen

**a) Finanziell belastbare Eltern tragen jeweils zur Hälfte die
Betreuungskosten ihrer Kinder. Diese werden vorher auf der
Basis des Existenzminimums unter Berücksichtigung des
weiteren Wohlbefinden des Kindes ermittelt. Dieses liegt
erstinstanzlich in der Verantwortung der Eltern, subsidiär
regressiv in staatlicher Verantwortung für den Fall, daß die
Eltern ihrer Verpflichtung nicht nachkommen wollen oder
können.**

**b) Sämtliche anderen Vereinbarungen zugunsten ihrer Kinder
bleiben den Eltern in freier und gegenseitiger Zustimmung
vorbehalten.**

**Es ist noch einmal festzustellen: Beide Eltern können
jederzeit in gegenseitiger Zustimmung einen rechtsgültigen
Vertrag schließen, in dem ihre gegenseitigen
Rechtspositionen rechtsverbindlich definiert werden können
wie z.B. finanzieller Ausgleich, Umgangsregelung usw auch
zugunsten oder zu ungunsten eines Vertragspartners
(Elternteils), dessen freiwillige Zustimmung vorausgesetzt**

9. Kindesmissbrauch

i) Grausamkeit

ii) Vernachlässigung

iii) Gewalttätigkeit

iv) sexueller Missbrauch

**sind strafrechtlich zu behandeln und liegen nicht im
Zuständigkeitsbereich von Familiengerichten. Die Vorgabe, daß nicht
strafverfolgt wird solange Schuld bewiesen ist muss in allen Fällen
gelten außer unter Punkt b.) nachfolgend.**

**a) Untersuchungen bezüglich Kindesmissbrauch sind
vorurteilslos zu erfolgen. Die vier Arten von
Kindesmissbrauch sind gleich schwerwiegend zu behandeln
ohne jedwede Rangordnung. In Fällen, schwerwiegender
Beschuldigungen die die sofortige Sicherung des Kindes für
notwendig erscheinen lassen, sollte keine Entscheidung zur
Umgangsregelung gefällt werden.**

**b) Wo Anschuldigungen bestehen und die Besuchsregelung
bereits ausgesetzt wurde, ist eine vordringliche
Untersuchung anzusetzen um die Gefahren unmittelbaren
Umganges mit dem Kind, innerhalb von maximal 14 Tagen,**

zu eruieren, bevor der 50/50 Besuchsregelung oder anderen freiwilligen Abmachungen weiterhin entsprochen wird. Trennung darf nicht missbräuchlich durch einen Elternteil als Möglichkeit benutzt werden, dem anderen Elternteil und damit auch dem Kind das ihm zustehende Recht zu verweigern.

c) Falschbeschuldigungen oder Meineid sind auch in diesem Zusammenhang strafrechtlich zu verfolgen.

d) Da PAS (Eltern-Kind-Entfremdung) das Verhältnis der Eltern zu ihrem Kind zerstört und damit eine Schädigung des Kindes zur Folge hat, ist es als eine Form von Kindesmissbrauch bzw Kindesmisshandlung zu sehen. Staatliches und juristisches Verhalten, die das Eltern - Kind Verhältnis beeinträchtigen oder zerstören sind ebenfalls als Kindesmissbrauch anzusehen und stellen somit eine Straftat dar.

10. Fälle, die nicht die gleichberechtigte Elternschaft betreffen

EP bezieht sich nicht auf die Fälle. in denen ein oder beide Eltern sich ihrem Kind verweigern oder, aus welchen Gründen auch immer, ihren Pflichten elterlicher Sorge und Erziehung nicht entsprechen können.

EP wendet sich an jene Fälle, in denen Eltern auf gleiche Weise ihren elterlichen Pflichten nachkommen wollen.

Mit EP ist gemeint, daß u.U. ein Elternteil gezwungen werden kann, dem Recht des Kindes auf beide Eltern zu entsprechen und wenigstens in einem Mindestumfang für das physische und psychische Wohl seines Kindes Sorge zu tragen und seinen Bedürfnissen zu entsprechen.

Das Kind hat einen Anspruch darauf, und jeder der sich diesem Anspruch verweigert verletzt dieses Recht des Kindes sei es als Privatperson oder staatliche Institution.

Kindesmissbrauch wird unter EP als gesonderte Frage behandelt.

Definitionen

Eltern

... sind definiert als biologische Eltern, bzw im Fall schweren Kindesmissbrauchs durch die leiblichen Eltern, oder bei Waisenschaft, die dann eingesetzten Ersatz- oder Adoptiveltern.

Kind

... wird definiert als menschliches Wesen vom Zeitpunkt der Geburt bis zum Alter der Volljährigkeit.

Familie

...ist ein Kind und seine biologischen Eltern oder Adoptiveltern.

Erweiterte Familie

...sind die Blutsverwandten des Kindes oder seine Adoptiveltern.

Klarstellung:

Jeder Teil dieser Deklaration ist Bestandteil der gesamten und kann nicht aus dem Zusammenhang genommen werden ohne im Zusammenhang mit den anderen Klauseln zu stehen.

Unterzeichnet am Freitag den 30.Juli von:

Name	email, url, phone, fax	Country	Group
Antonio Diaz Piñeiro	marianlago@correo.cop.es Tel.: 0034 (0)981 631661, 0034 (0)981 152222 Fax: (34)981140014	Galicia, España	AGPNS
Frank McGlynn		Ireland	Amen
George Brito	georgeb@entelchile.net www.geocities.com/CapitolHill/Senate/6520/ http://www.papaxsiempre.com Tel.: (562) 2723905	Chile	Corporación de Padres
Gerhard Hanenkamp	brain@gabnet.com http://www.gabnet.com/.de Tel:0049 (0) 4965 914 914 Fax: 0049 (0) 4965 914 915	Deutschland	
Ipe Smit	ipesmit@worldonline.nl http://www.platform-scjf.nl/ Tel: 0031 (0) 348 40 25 10	Holland	Dutch Parents Platform
Joep Zander	zander@daxis.nl http://huizen.daxis.nl/zander/langeac.html#neder Tel: 0031 (0) 570 62 17 84	Holland	Dutch Parents Platform
Julian Fitzgerald	familyroutes@aesops.force9.co.uk http://www.impactwp.com/familyroutes/faro/ Tel: 00 44 (0)113 229 8949	England	FamilyRoutes
Liam O Gogain	liamog@amen.iol.ie	Ireland	Parental Equality
Mary T. Cleary	amen@iol.ie http://www.iol.ie/~amen Tel: 00353 (0)46 23718	Ireland	Amen

Peter Farrell	agb@pe.iol.ie Tel.:00353 (0)1 282 0101	Ireland	Parental Equality
Sam Caroll	fatherhood.handbook@indigo.ie	Ireland	Parental Equality
Yannick Grèzes	Yannick.GREZES@wanadoo.fr Tel: 0033 (0)450 90 19 64	France	FMCP



	<p style="text-align: center;">Deutschland</p>
<p>Pictures / Bilder / Photo Video / B13 / B11 / B4</p>	 <p>Index:  </p>

Autor: *Gerhard Hanenkamp*

Erstellungsdatum 31.07.1999 G*A*B - **Datum:** 09.09.1999 **Mail:** brain@gabnet.com

Verteiler: [HAUPT](#) / [MÄNNER](#) / [BOYS](#) / [POLITIK](#) / [JUSTIZ](#) / [WIRTSCHAFT](#) / [LITERATUR](#) / [KUNST](#) / [BÜCHER](#) / [TOURISMUS](#) / [PSYCHOLOGIE](#) / [PHILOSOPHIE](#) / [PHYSIK](#) / [CHRONOLISTE](#)

Letzte Änderung: 09/25/2011 02:26:24

© G*A*B; Überarbeitet am: 09/25/2011 02:26:24 ; Adresse der Webseite: <http://www.gabnet.com/ep/de/epdecde.htm>